

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 9

SPD

September 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

es bleiben seltsame Zeiten. Viele von uns haben anfangs das Home Office sehr genossen. Tatsächlich sind viele Arbeitstreffen per Videokonferenz viel effektiver. Es können mehr Menschen teilnehmen und lange Reisewege fallen weg. Die meisten Redebeiträge sind auf die Sache konzentriert und es finden auch unter uns Politikerinnen und Politikern wenig reine Profilierungsreden statt. Das ist schon eine interessante Erfahrung, dass gerade Vielredner offenbar doch nur in Hochform kommen, wenn sie auch live Publikum haben. ;)

Trotzdem fehlt etwas. Einfach mal ohne Tagesordnung reden und neue Leute treffen. Dinge anfassen, Menschen umarmen, die nicht zur Familie gehören. Und Masken tragen strengt an. Bei all diesen Widrigkeiten bin ich beeindruckt, wie groß die Disziplin in vielen Teilen der Bevölkerung geblieben ist.

Politisch haben wir einiges aus der Situation zu lernen. Allem voran die bessere Koordination zwischen Bund und Ländern. Wir müssen an einem Strang ziehen. Ein gemeinsames Vorgehen und Regelungen ausarbeiten, die nicht nur verständlich und nachvollziehbar sind, sondern auch eingehalten werden. Ich bleibe dabei, dass wir unbedingt gesetzliche Grundlagen vom Bund für Eingriffe wie die Maskenpflicht oder Einschränkungen bei Familienfeiern brauchen. Denn wo ein Gesetz verabschiedet wird, gibt es auch eine Debatte. Argumente werden ausgetauscht, Interessengruppen und Fachleute werden angehört. Dieser Prozess braucht länger, aber das Ergebnis ist ein abgestimmter Rahmen zwischen allen Beteiligten. Das sorgt nicht zuletzt für mehr Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung. Momentan läuft es allerdings vielerorts anders: Landesregierungen reden zwar ab und an miteinander und mit der Kanzlerin, aber am Ende erlässt einfach jedes Land eigene Verordnungen. Das ist eine Entwicklung, der ich sehr skeptisch gegenüber stehe. Sie öffnet Tür und Tor für jene, die unser Grundgesetz weder achten noch schützen wollen und die unsere Grundrechte nach ihren verqueren Vorstellungen auslegen. Die vorgebliche Verteidigung unserer Grundrechte dürfen wir ihnen nicht überlassen. Sie wollen sie nur benutzen, um letztlich unsere Demokratie und den Rechtsstaat zu unterlaufen!

Ute Vogt

Die EU legt einen neuen Pakt für ihre Migrations- und Asylpolitik vor

Nach dem Brand in Moria hat die UN in Kooperation mit zahlreichen Hilfsorganisationen ein vorübergehendes zweites Lager auf Lesbos aufgebaut. 13.000 Geflüchtete haben von jetzt auf gleich ihr letztes Hab und Gut und Dach über dem Kopf verloren. Deutschland hat gemeinsam mit weiteren EU-Mitgliedsstaaten direkt reagiert und technische und humanitäre Hilfe geleistet.

Dabei kann es nun nicht bleiben und das scheint auch die EU-Kommission endlich verstanden zu haben. Sie hat nach monatelangem Warten ihre Vorschläge für den „New Pact for Migration and Asylum“ vorgelegt. Unser Ziel ist es, dass unmenschliche Zustände wie in Moria verhindert werden. Es ist ein guter Schritt, dass es einen verbindlichen Mechanismus geben soll, durch den die Länder an den EU-Außengrenzen entlastet werden. Wir haben schon länger vorgeschlagen, dass das auch arbeitsteilig geschehen kann – also nicht alle Mitgliedstaaten Geflüchtete aufnehmen müssen, sondern auch anders helfen können. So kommen wir dem Ziel einer gerechten und solidarischen Verteilung der Geflüchteten in der EU ein Stück näher. Wir werden sehr genau darauf achten, dass es keine Vorprüfungen oder Grenzverfahren gibt, in denen Menschen ohne richtiges Asylverfahren an den Außengrenzen abgewiesen werden.

Unsere ganze Pressemitteilung kann [hier](#) nachgelesen werden.

Gemeinsam aus der Krise! Unser Konjunkturprogramm von Organisations- und Familienunterstützung bis zur Kulturförderung

In den letzten Monaten hatte ich immer wieder Kontakt zu gemeinnützigen Organisationen, die vor existenziellen Herausforderungen stehen. Insbesondere Jugendherbergen, Schullandheime, Familienferienstätten, Träger der Jugendbildung und des internationalen Jugendaustauschs sind immens betroffen. Wir müssen sie als wichtigen Teil in unserer Gesellschaft unbedingt unterstützen. Dafür haben wir im Zuge des „Programms für Überbrückungshilfen“ ein Zuschussvolumen von bis zu 25 Milliarden Euro bereitgestellt. Zusätzlich dazu können die gemeinnützigen Organisationen Zuschüsse innerhalb eines Gesamtumfangs von 100 Millionen Euro beantragen. Auch zur Unterstützung von Inklusionsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe stehen insgesamt zusätzlich 100 Millionen Euro bereit. Nähere Informationen dazu können [dieser Pressemitteilung](#) entnommen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag

Corona-Pandemie
Gemeinsam aus der Krise

Wir halten zusammen.

Für Kunst und Kultur.

- **Überbrückungshilfen** für Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie kleine und mittlere Betriebe.
- **Zukunftspaket „Neustart Kultur“** hilft mit 1 Milliarde Euro gezielt Kultureinrichtungen wie Kinos, Theatern und Galerien.
- **Gutscheine bei abgesagten Veranstaltungen** schützen Kultur- und Konzertveranstalter vor Insolvenz.
- **Ausfallhonorare für freiberufliche Künstlerinnen und Künstler** können vom Bund geförderte Einrichtungen bei Absagen zahlen.
- **Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung** ermöglicht Lebenshaltungskosten zu decken.

Mehr Infos zur Kulturförderung gibt es [auf der SPD Homepage](#) und unserer [Fraktionsseite](#).

Aber nicht nur unsere Unternehmen und Organisationen brauchen weiterhin Unterstützung. Familien können zwar vorerst aufatmen, aber erneute Kita- und Schulschließungen können wir angesichts der steigenden Corona-Fallzahlen lokal nicht ausschließen. Daher sorgen wir unter anderem für weitere Krankentage für Eltern in diesem Jahr und vereinfachte Zugänge zum Pflegeunterstützungsgeld für pflegende Angehörige. Näheres dazu kann [hier](#) nachgelesen werden.

Von Moria über die Grundrente bis zur Bargeldabschaffung

Seit dem das Flüchtlingslager Moria abgebrannt ist und rund 13.000 Menschen auf einen Schlag ohne Obdach waren, habe ich weit über hundert Zuschriften erhalten: Moria müsse endlich evakuiert und die EU dafür sorgen, dass die Menschenrechte in den Lagern geachtet werden. Zum einen hat es mich sehr gefreut, dass sich so viele Menschen für die Geflüchteten auf Lesbos einsetzen und zum anderen war es ein guter Kontrast zu den Reaktionen auf meine Rede vom 11.09. Während und kurz nach der [Rede](#) sind bei mir bereits viele Anrufe und E-Mails eingegangen, deren Inhalt ich hier nicht wiedergeben werde. Die E-Mails waren teils so grenzüberschreitend, dass ich bei einer Zuschrift sogar Strafanzeige gestellt habe.

Darüber hinaus wurde ich wegen Visa-Anträgen und Einreisen von binationalen Paaren um Hilfestellung gebeten. Die Corona-Hilfen samt Verschwörungserzählungen kamen wieder aufs Tapet und eine Anfrage zum „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft“. Im Gesetzentwurf geht es explizit nicht um die Haftbarmachung Einzelner im mittleren oder höheren Management. Diese können bereits strafrechtlich verfolgt werden, zum Beispiel wegen Untreue. Nein, es geht viel mehr um große Unternehmen, die endlich mit Sanktionen belegt werden können. Eine weitere Anfrage kam zum Erhalten der Grundrente. Hierüber informiert auch das [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#). Auch die Bargeldabschaffung war wieder Thema einer E-Mail. Deutschland ist und bleibt auf lange Sicht ein Land der Barzahler. Derzeit haben weder die Bundesbank noch die EZB auf lange Sicht vor, das Bargeld abzuschaffen, und auch nicht, die Kosten für die Bereitstellung von Bargeld auf die Endverbraucher abzuwälzen.

Beim Corona-Behandlungszentrum in Berlin



Berlin kann auch zackig planen und bauen. Das wurde uns eindrucksvoll im Zusatzkrankenhaus für Corona-Fälle in Berlin gezeigt. Unter der Leitung des früheren THW Präsidenten Albrecht Broemme (links) wurde in wenigen Wochen eine Messehalle in eine Krankenstation umgewandelt, mit der im Bedarfsfall bis zu 1.000 Betten für Corona-Kranke zur Verfügung stehen. Bei Überlastung der Krankenhäuser kann damit schnell gehandelt werden. Die politischen Weichen dafür hat unsere Berliner SPD-Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (Mitte) gestellt. Wir waren mit dem Innenausschuss vor Ort.



Bewerbung um den Deutschen Engagementpreis

Die AWO Neckar-Odenwald hat in Kooperation mit dem Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, im vergangenen Jahr zum 100. Geburtstag der Arbeiterwohlfahrt ein ganz besonderes musikalisches Denkmal gesetzt.

Marie Juchacz war 1919 die erste Frau, die vor einem frei gewählten Deutschen Parlament eine Rede hielt. Die Sozialdemokratin kämpfte gegen die Missstände der damaligen Zeit: Armut, Ungleichbehandlung von Mann und Frau, menschenverachtende Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit.

Es geht um den Publikumspreis und sie freuen sich natürlich über viele Stimmen - das unterstütze ich gerne. [Hier](#) geht es zur Abstimmung.

Suchmaske: Marie / Bundesland: Baden-Württemberg / Kategorie: Demokratie und Partizipation

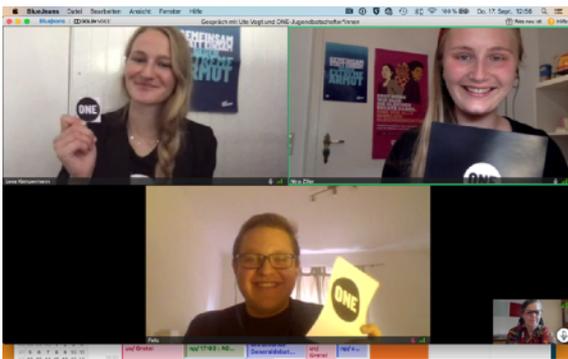
Die Schülerinnen und Schüler haben ein richtiges Theatermusical aufgeführt. [Hier](#) gibt es Ausschnitte zu sehen, die Rede von Marie Juchacz gibt es als Extra.

Meine Unterstützung für Martin Körner!

Martin Körner kandidiert für das Amt des Oberbürgermeisters in Stuttgart. Insgesamt sind für die Bewerbung 250 Unterschriften nötig. Meine Unterstützung hat er selbstverständlich. Martin Körner steht für eine faire, familienfreundliche und nachhaltige Stadt. Bezahlbares Wohnen gehört mit zu seinen Kernthemen. Die Stadtverwaltung muss in der Wohnungspolitik endlich eine aktive Rolle einnehmen. Hierzu gehört für Martin Körner vor allem eine aktivere Bodenpolitik. Die Stadt soll selbst Grundstücke erwerben und dafür sorgen, dass darauf bezahlbare Wohnungen entstehen. Mehr Positionen gibt es [hier](#).



Im Gespräch mit ONE



Seit drei Jahren führe ich regelmäßig Gespräche mit den Jugendbotschafter*innen von [ONE](#). Hauptaugenmerk liegt auf den Haushaltsausgaben für die [ODA-Quote](#). Diesmal ging es aber auch um den Umgang mit der Corona-Krise in Entwicklungsländern - insbesondere Afrika - und um die Weiterförderung von Bildung und Gesundheit als zentrale Faktoren für die Entwicklung der Länder.

Neues von den Lieferketten

Im letzten Newsletter habe ich bereits einen längeren Artikel zum anstehenden Lieferkettengesetz platziert. Diesmal das Wichtigste als Sprungstelle in aller Kürze:

-> „Unternehmen müssen dafür sorgen, dass keine Kinderarbeit in ihren Produkten steckt“

-> Und daran anknüpfend die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn.



Bei der digitalen Konferenz von MAHLE diskutierten wir die Wasserstoffstrategie. Baden-Württemberg setzt darauf die Wasserstoff-Standort zu werden. Das Know-how wäre da, die Konkurrenz in Asien allerdings auch. Vielversprechend finde ich den Ansatz bei LKW und Bussen massiv einzusteigen.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

